Immer neue Hungerdemonstrationen

Erwerbslose fordern: Her mit Winterhilfe, her mit Brot, Kartoffeln, Kohlen! Betriebsarbeiter für den Kampf der Erwerbslosen

Dresden, 22. Dezember.

Aus Heidenau wird gemeldet, daß am Mittwoch 200 Erwerbslose vor das Bürgermeisteramt zogen, um Winterhilfe zu fordern. Sie wurden von der Polizei am Betreten des Bürgermeisteramtes gehindert.

Nach der Stadtverordnetensitzung in Pohna sammelten sich am Dienstag über 100 Erwerbslose an, um ihren Forderungen nach Winterhilfe Nachdruck zu verleihen.

In Sebnitz demonstrierten ebenfalls am Dienstag die Erwerbslosen für ihre Winterhilfsforderungen. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst. Zu Verhaftungen ist es nirgends gekommen.

Wolffs Telegraphenbüro meldet aus Darmstadt, daß es gegen zu großen Demonstrationen jugendlicher Arbeiter vor dem Rathaus kam. Die Polizei griff ein und verhaftete einige Jungarbeiter.

Auch aus Frankfurt a. M. werden starke Demonstrationen vor den großen Kaufhäusern gemeldet, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Einige Demonstranten wurden verhaftet.

Am Dienstag sammelten sich an der Kasse der Zahlstelle des Arbeitsamtes Große Frankfurter Straße in Hamburg Hunderte von jugendlichen Erwerbslosen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß Auszahlungen nicht mehr erfolgen würden, da kein Geld da sei. Sogar die Abgabe des Stempels wurde verweigert. Es sprachen einige jugendliche Arbeiter zu den Versammelten, zu denen sich auch eine große Anzahl Arbeiterfrauen gesellt hatten, die ebenfalls ihre Unterstützung nicht erhalten sollten. Unter dem Protest der Jugendlichen sah sich das Arbeitsamt gezwungen, die Unterstützung auszuzahlen.

In Plungstadt erzwangen die Erwerbslosen die Abhaltung einer Gemeinderatssitzung, in welcher der Vertreter der KPD eine Winterhilfe für die Erwerbslosen forderte. Der Gemeindevorstand lehnte die kommunistischen Anträge ab. **Daraufhin kam es trotz stärkstem Einsatz der Polizei zu Demonstrationen der Erwerbslosen vor dem Rathaus,** unter deren Druck vom Magistrat ein Sonderausschuß gebildet wurde, der dafür zu sorgen hat, daß am Freitag vor Weihnachten eine Sonderunterstützung als Winterhilfe zur Auszahlung kommt.

In Einsiedel ist es den Erwerbslosen gelungen, ebenfalls das Gemeindeparlament zu zwingen, die von der Kommunistischen Partei gestellten Anträge für die Winterhilfe anzunehmen. Trotzdem die Polizei durch Gummiknüppelattacken vergebens versuchte, die Demonstranten zu zerstreuen, mußte die Gemeindeverordnetensitzung gestatten, daß der Vertreter des Erwerbslosenausschusses während der Sitzung sprechen durfte.

In Schwenningen (Neckar) wurden im Rathaus die Winterhilfsforderungen der Kommunisten beraten. Während die Erwerbslosen vor dem Rathaus demonstrierten, um diesen Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Weitere Demonstrationen werden gemeldet aus Wuppertal (Barmen), und Ronsdorf am Niederrhein.

Ein gutes Beispiel für die

gemeinsame Kampffront zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen

wird gekennzeichnet durch nachstehende Entschließung der **Belegschaften von Dixi-Eisenach und Mercedes-Zella-Mehlis.** Die Entschließung lautet in ihren wichtigsten Teilen:

„Wir Betriebsarbeiter sind solidarisch mit den Erwerbslosen in ihrem Kampfe gegen Hunger und Frost, für Arbeit und Brot. Als Angehörige einer Klasse haben wir die Aufgabe und die Pflicht, uns zur gemeinsamen revolutionären Klassenfront, zur Einheitsfrontaktion gegen das morsche und verfaulende kapitalistische System zusammenzuschließen. Es ist ein Beweis für die wachsende Erkenntnis im Proletariat, daß nur das Kampfbündnis der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter das kapitalistische System der Massenerwerbslosigkeit, des Elends und Hungers beseitigen kann. Gemeinsamer Kampf gegen Unterstützungs- und Lohnraub, gegen Hunger, Not und Krankheit, für Arbeit und Brot, für eine Republik der Arbeiter und Bauern ist das Gebot der Stunde. Es lebe die Einheitsfrontaktion. Die

Arbeiterräte der Mercedes-Werke
Arbeiterräte der Dixi-Werke

Die faschistische Schleicherdiktatur verschlechtert die Lage der hungernden und frierenden Erwerbslosen immer mehr. Immer stärker aber wird auch der Wille zum Kampf gegen Hunger und Frost. Die Einheitsfront der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern möcht und nur sie allein ist imstande, erfolgreich den Kampf um die Sicherung des Lebens der hungernden Massen zu führen.

Schiffe voll Roggen vernichtet!

Aus Wismar (Mecklenburg) wird gemeldet, daß der Segler „Hans Geete" im Hafen 60 Tonnen Roggen geladen hat, der durch Gase für menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht worden ist. Das ist innerhalb einer Woche das zweite Schiff, das mit einer solchen Ladung den Wismarer Hafen verläßt.

Auf der einen Seite Unbrauchbarmachung und Vernichtung von Lebensmitteln, auf der anderen Seite hungert und darbt das werktätige Volk. Unter diesem Hunger steigert sich von Tag zu Tag die Erregung in den Massen der Werktätigen, und es kommt **in allen Teilen des Reiches zu großen Hungerdemonstrationen.**

So meldet die TU aus **Wuppertal**, daß es am Mittwoch in verschiedenen Stadtteilen zu **Straßenkundgebungen** gekommen ist. Die Erwerbslosen haben eine Delegation nach dem Rathaus gesandt, um ihre Forderungen vorzubringen, die aber von dem Magistrat abgelehnt wurden, was zu einer Steigerung der Erregung innerhalb der Erwerbslosenmassen führte.

Scheringer telegrafiert: „Von meiner Entlassung noch nichts bekannt!"

Verstärkt den Massendruck um seine Entlassung. Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Berlin, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe sandte folgendes Telegramm an den Genossen Scheringer:

„Gesamte Presse meldet Deine Amnestie. Wann Ankunft in Berlin?" Scheringer antwortete: „2 Mann entlassen. Von mir nichts bekannt."

Außerdem wird der bekannte Schriftsteller Genosse Ludwig Renn nach wie vor in Haft behalten.

Die Arbeiterschaft fordert ihre sofortige Freilassung!

Heraus mit Jonny Schehr!

Berlin, 23. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen den Immunitätsbruch, den die Verhaftung des Abgeordneten Schehr darstellt, scharfe Beschwerde eingelegt. Sie ist inzwischen an den Reichsinnenminister weitergeleitet worden. Laßt nicht nach in euren Forderungen nach Freilassung unseres Genossen, kämpft für seine sowie für die Befreiung **aller** proletarisch-politischen Gefangenen.

Blutiger Naziterror gegen Arbeiter

Der SA-Ueberfall auf kommunistische und sozialdemokratische Verkehrslokale und Konsumvereinsläden in Altona am Mittwoch, dem 21. Dezember, signalisiert eine neue von den Nazi-Führern organisierte Terrorwelle gegen die Arbeiterklasse und ihr Eigentum.

Aus Pirmasens wird gemeldet, daß am Sonnabend der Arbeiter Kircher **von einer schwer bewaffneten SA-Bande** von 30 bis 40 Mann überfallen und schwer verletzt wurde. Die viehische Roheit der SA-Banditen wird gekennzeichnet durch die **Worte des SA-Mannes Gautsche: „Geh weg, der muß seine haben bis er tot ist."** Derselbe Gautsche überfiel wenige Minuten später einen anderen Arbeiter von hinten und schlug ihn nieder.

Gleichzeitig riegelten die übrigen braunen Banditen die Straßen ab, warfen Pflastersteine gegen die Fenster der Arbeiterwohnungen und brüllten: **„Fenster zu, wir schießen!"**

Die Vorgänge in Altona und Pirmasens zeigen, daß die SA zur Beschwichtigung der steigenden Zersetzung in ihren Reihen von ihren Führern zu neuen Blut- und Mordtaten gegen die Arbeiterschaft aufgeputscht werden sollen.

Die Arbeiterschaft muß sich gegen diese neu aufflammende braune Mordpest zur Wehr setzen. Stärkste ideologische Offensive, um irregeleitete Proletarier, die sich noch bei den Faschisten befinden, von dieser Mordpartei zu lösen, aber auch kämpferische mehrhafte Mobilisierung gegen den blutigen SA-Terror. Hinein in den roten Massenselbstschutz! Schließt fester die Reihen der kämpfenden Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus unter Führung der KPD.

Schlägerei unter der Dresdner Hitlerjugend

Wie uns gemeldet wird, kam es gestern abend gegen 20 Uhr im Lokal „Vier Jahreszeiten", Dresden-N., Neustädter Markt zu schweren Schlägereien zwischen Anhängern der [illegible]. Innerhalb der Hitlerjugend gibt es eine „Deutschlandjugend" die in Opposition gegen den offiziellen Hitler [illegible]. Diese Opposition hatte für gestern einen Ausspracheabend, dem sich die bereits ideologisch und zum Teil auch organisatorisch von der Hitlerpartei losgelösten Jugendlichen über die weiteren Konsequenzen ihrer Schritte unterhalten wollten.

Als sie ihren Abend eröffnen wollten, drangen 30 [illegible] mit Schlaginstrumenten (Schlagringen usw.) bewaffnet [illegible] Anhänger der Hitlerjugend ein. Es kam zu großen Auseinandersetzungen, die in einer wüsten Schlägerei endeten. Es [illegible] dabei auch Gläser geschlagen, die mit der ganzen Sache nicht das geringste zu tun hatten.

Wir werden auf diese, von der wachsenden Zersetzung der Dresdner Naziläger zeugende Keilerei, morgen [illegible] sprechen kommen.

Warum schweigt die Volkszeitung über SPD-Grzesinskis Pension?

Warum hetzt sie um so toller gegen die Sowjetunion?

Die Volkszeitung hat gestern wieder einmal daneben gegriffen. Sie triumphierte, daß sie die Kommunisten „in ihren eigenen Eisen gefangen hätte".

Und warum? Weil die Dresdner Volkszeitung die „große Entdeckung" gemacht hat daß auf einem in der kommunistischen Presse illustrierten Bankett auch der Sowjetvertreter anwesend gewesen sei.

Wir haben gestern bereits die Verdrehungskünste der SPD-Presse, die jetzt den gegen die SPD-Führer gerichteten Spieß umzudrehen versucht, bereits durchleuchtet und haben klipp und klar festgestellt, warum Sowjetgesandte solchem Klamauk beiwohnen müssen.

Die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Ländern können, solange es noch solche kapitalistische Länder gibt, nicht an den „Repräsentationsformen" der Bourgeoisie ändern. Das **entscheidende** ist aber doch, daß die Sowjetunion durch nichts im mindesten an ihrem Ansehen als **proletarischer Staat** einbüßt.

In der Sowjetunion selbst sind solche Bourgeoisrepräsentanten vollkommen ausgeschlossen. Dort gibt es auch gar keine Bourgeoisie mehr! Dort gibt es aber zum Beispiel auch Militärische und diplomatische Vertreter der kapitalistischen Länder. **Wenn zum Beispiel am 1. Mai die Rote Armee paradiert, so solch ein Militärattache, wenn die Internationale ertönt, [illegible] Ehrenbezeugung macht, wollte da die Dresdner Volkszeitung ihren Lesern vielleicht einreden, solch ein Kerl sei nun mit einem Male Bolschewik geworden?**

Kurzum, schon an solcher Gegenüberstellung vermag jeder SPD-Arbeiter zu erkennen,

daß die Volkszeitung nur aus dem Grunde den gegen die SPD-Führer gerichteten Spieß umzudrehen versucht, um diese Führer vor unseren Angriffen zu schützen.

Diese Führer sind aber mit der Bourgeoisie, mit dem Klassenfeind der Arbeiter im selben Lande verwurzelt und [illegible] wachsen. Sie sind dienstbare Geister dieser Bourgeoisie, [illegible] opfern Klassenintereßen und auch Arbeiterleben für diese Bourgeoisie. Und das ist der Unterschied!

Es ist zum Beispiel gar kein Unterschied, daß die Dresdner Volkszeitung gerade am **gestrigen** Tage schon wieder mit der Sowjetgesandten aufwartet. Vorgestern hat die Arbeiterschaft nämlich enthüllt,

was SPD-Grzesinski, der einer der SPD-Kapitulanten vom 20. Juli ist, aus den Kassen der Schleicherdiktatur an Pension und Rente erhält.

Darüber schweigt sich die Volkszeitung wohlweislich aus. Denn an diesem Beispiel wird erkennbar, wofür SPD-Führer die Arbeitermassen der faschistischen Diktatur ausliefern!

SPD-Arbeiter! Fragt deshalb die Dresdner Volkszeitung einmal nach Grzesinskis Pension! Darauf zu antworten wird ihr lächerlich schwerer fallen, als mit dem von uns nun zum [illegible]ten Male charakterisierten Kampf Antisowjetherz zu betreiben.

Kämpft mit der Roten Hilfe!

Werktätige in Stadt und Land!

Die **Teilamnestie** ist Gesetz geworden. Sie ist **kein Gnadengeschenk** von Hindenburg, der noch vor vier Monaten durch Papen erklären ließ, daß an eine Amnestie nicht zu denken sei. Sie ist ebensowenig ein Ergebnis der „Sympathie" mit den politischen Gefangenen der bürgerlichen Parteien, der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, denn sie haben alle noch vor kurzer Zeit blindwütend gegen jede Amnestie gekämpft.

Diese Teilamnestie ist der herrschenden Klasse abgerungen durch den unermüdlichen, hartnäckigen und zähen Kampf der werktätigen Massen in Stadt und Land.

Während Sozialdemokraten und Nationalsozialisten mitsamt den schwärzesten Reaktionären die Sondergerichte freudig begrüßten und die proletarischen politischen Gefangenen als Verbrecher begeiferten, hat die Rote Hilfe gegen die Terrornotverordnungen und den maßlosen Unterdrückungsfeldzug gegen die Werktätigen den Kampf organisiert.

Die **Rote Hilfe** hat zur antifaschistischen Einheitsfront gegen faschistischen Terror und Justiz aufgerufen.

Die **Rote Hilfe** hat die werktätigen Massen gegen die Urteile der Sondergerichte mobilisiert.

Die **Rote Hilfe** hat alle Werktätigen gegen die Justizurteile aufgerüttelt.

Die **Rote Hilfe** hat in unverbrüchlicher Treue zu den Kämpfern um Brot und Freiheit gestanden und den Gedanken der brüderlichen Solidarität mit den Opfern der Justiz in die Herzen und Hirne von Millionen Unterdrückten gepflanzt.

Daraus erwuchs jene Kraft und Kampfentschlossenheit in den Reihen der Werktätigen, die in machtvollen Solidaritätsaktionen, in Tausenden von Massenversammlungen, in Millionen Broschüren, in Demonstrationen vor den Zwingburgen des Kapitals, in Protestkreisen der Betriebsarbeiter gegen die Klassenjustiz, in Hungerstreiks der gequälten Gefangenen jene Widerstandsfront entfachte, der dahin führte, daß wenigstens einem Teil jener unbeugsamen Revolutionäre die Freiheit wiedergegeben wurde, die im Kampf gegen Hunger und Knechtschaft ihre Gesundheit, ihre Familien, ihr alles eingesetzt haben.

Aber tausende Antifaschisten blieben weiter in den Kerkern. Von jenen 31 Proletariern, die vom Sondergerichte allein zu 256 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, kommt nicht ein einziger frei.

Ausgeschlossen von der Amnestie ist die große Zahl antifaschistischer Proletarier, die unter Einsatz ihres Lebens die nationalsozialistischen Mordkolonnen zurückgeschlagen haben, wobei sie in der Abwehr einen dieser Angreifer verletzt oder getötet haben sollen.

Geprellt um die Amnestie! Betrogen dank der Stellungnahme der „Sozialisten" aus der SPD, der „Christen" aus der Zentrumspartei, der „Arbeiter" aus der Hitlerpartei, der Reaktionäre aus der Volkspartei und derer um Hugenberg. Aber nicht genug damit.

Schon hat die Schleicherregierung eine neue Verordnung gegen Revolutionäre erlassen

und kündigt eine noch schärfere an. Täglich erfolgen neue Verhaftungen. Täglich werden neue unerhörte Urteile gegen revolutionäre Arbeiter gefällt, die erneut in die Gefängnisse wandern!

Darum jetzt erst recht: Alle Kräfte der Werktätigen zusammengeballt zum Kampf gegen die neue Verfolgungswelle! Der Millionenschrei um die Freilassung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen darf nicht eher verhallen, bis die Kerkertore sich für **alle** antifaschistischen Kämpfer geöffnet haben! Nicht eher, **bis alle Notverordnungen gefallen** sind.

Die jetzt aus dem Gefängnis Entlassenen stehen vor einem Nichts. Die weiter in den Kerkern schmachten, rechnen auf euch. Sie alle, ihre Angehörigen, ihre Frauen und Kinder bedürfen dringend der Hilfe.

Dank der **Solidarität der Millionen** war es der Roten Hilfe möglich, sie alle zu unterstützen. Wir appellieren daher erneut an euch:

Helft weiter! Laßt die Besten unter Klasse nicht im Stich! Geht und sammelt, damit die Rote Hilfe allen helfen kann!

Reiht euch in die Millionenarmee der Solidarität ein! Kämpft mit der Roten Hilfe!

Solidarität mit den um die Amnestie Betrogenen!
Schutz den neu Verhafteten und Angeklagten!
Hilfe für die entlassenen Gefangenen!
Gegen die neue faschistische Verfolgungswelle!
Für die Freilassung aller Antifaschisten!

Rote Hilfe Deutschlands — Zentralvorstand

Kriegsopfer demonstrieren

Gestern demonstrierten mehrere hundert Schwerkriegsbeschädigte. Zum Teil auf Krücken, zum Teil auf Fahrstühlen, zogen sie durch die Königstraße. Opfer des imperialistischen Krieges, die laute Hungerrufe ausstießen: „Wir wollen was Wärmes in den Leib, wir wollen was Wärmes anziehen, wir wollen Brot, Kartoffeln, Kohle!" In ihrer Erregung drangen einige Kriegsopfer in das Amtszimmer des Magistrates. Dieser holte Polizei, welche unter brutalen Gummiknüppelattacken die Opfer des Krieges, die Krüppel aus dem Haus schlug. Einige Passanten riefen den Polizisten zu: „Ist das der Dank des Vaterlandes?" Gleichzeitig fanden sich über hundert Sozialrentnerwitwen und Hinterbliebene von Kriegsopfern im Rathaus ein. Auch sie wurden als Opfer des Krieges mit Polizeigewalt aus dem Hause gejagt.